Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspeditoren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3245.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 81. [47. Jahrgang.] Sonnabend den 4. April 1908. [47. Jahrgang.] Nr. 81.

Berlin, den 3. April.

Politischer Tagesbericht.

Das Königliche Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen.

Rundschau im Auslande.

Vom amerikanischen Senat

ist die Ernennung Hills zum Botschafter in Berlin bestätigt worden.

Der Senat hat sodann die Ernennungen A. M. Beaupréss zum Gesandten im Haag und Spencer Ödys zum Gesandten in Argentinien ebenfalls bestätigt.

Die mazedonische Reformfrage.

Der Pester Lloyd bespricht die Meldungen über die Stellungnahme Oesterreich-Ungarns zu den russischen Vorschlägen, betreffend die mazedonische Reformaktion. Das Blatt ist damit einverstanden, daß Minister Frhr. v. Aehrenthal den auf weitere Internationalisierung der Reformaktion hinzielenden Anträgen Rußlands zustimmte. Die österreichisch-ungarische Regierung habe für ihre bisherigen absolut selbstlosen Bemühungen wenig Dank geerntet; sie brauche daher nicht zu bedauern, daß die Verantwortung für die Aktion die Monarchie künftighin nicht stärker belasten werde als andere Mitglieder des europäischen Konzerts. Befremdlich findet das Blatt die Zustimmung des Wiener Kabinetts zu der etwaigen Uebernahme sämtlicher fremden Funktionäre der Reformorganisation in türkischen Dienst. Als die Pforte diesen Plan lancierte, seien dagegen streng sachliche Einwendungen erhoben worden, die ihre Geltung noch nicht verloren hätten. Schließlich sagt das Blatt, es könne nicht enträtseln, weshalb die in Konstantinopel nach langen Verhandlungen erzielten Erfolge gespfert werden sollten. Es glaube daher auch nicht, daß in Wien der russische Vorschlag leichten Herzens angenommen worden und dieser allen Fährlichkeiten schon entrückt sei. Da die russische Regierung den Antrag mit Wohlwollen für den Sultan begründet habe, da ferner von der Vermirklichung des Planes eine mittelbare Erleichterung der gesamten Reformaktion erhofft werde, hege man in Wien vermutlich Bedenken gegen die direkte Ablehnung. Doch dürfte man kaum geneigt sein, für mögliche nachteilige Folgen bei Durchführung des russischen Vorschlages irgend welche Verantwortung sich aufzubürden.

England und der Freihandel.

London, 3. April. Churchill sprach in Liverpool über die Vorteile, die sich für England aus dem Freihandelssystem ergeben, das den englischen Finanzen Ausdehnungsfähigkeit verleihe und für den Fall eines Krieges eine große Reserve schaffe. Churchill gab zu, daß die Tarifreformbewegung im Lande Fortschritte mache, aber es sei eine wesentlich unbemokratische, kapitalistische Bewegung, die auf einen Angriff der Reichen gegen die Armen hinauslaufe.

Verbesserungen im Londoner Hafen.

Handelsminister Lloyd-George brachte gestern im Unterhause einen Gesetzentwurf ein für die Errichtung einer neuen Kontrollbehörde im Hafen von London. Die Behörde soll aus 25 Mitgliedern bestehen; 10 Mitglieder sollen von der Admiralität, dem Handelsamt und der Grafschaft London ernannt, die übrigen aus verschiedenen, an dem Wirtschaftsleben im Hafen beteiligten Männern ausgewählt werden. Die Behörde soll die bestehenden Unternehmungen der Dockgesellschaften erwerben und die Befugnis haben, nach Bedürfnis ein weiteres Dock anzulegen. Sie soll ferner ermächtigt sein, alle notwendigen Verbesserungen vorzunehmen und Abgaben auf Waren zu erheben; doch hofft der Handelsminister, daß es nicht notwendig sein werde, diese Abgaben sehr belastend zu machen. Außer der Ausgabe des für die Erwerbung der bestehenden Gesellschaften erforderlichen Aktienkapitals soll die Behörde die Ermächtigung haben, ein weiteres Kapital auszugeben, um die Verbesserungen im Hafen durchzuführen. Lloyd-George wies darauf hin, daß es notwendig sei, diese Verbesserungen vorzunehmen, wenn London mit anderen Hafenplätzen in erfolgreichen Wettbewerb treten wolle.

Zusammenstoß von Arbeitern und Polizei in Rom.

Rom, 2. April. Heute nachmittag fand hier das Begräbnis eines bei der Arbeit verunglückten Mannes statt, an dem etwa 1500 Personen und mehrere Vereine mit Fahnen teilnahmen. Als der Zug, vom Spital Consolazione kommend, entgegen den polizeilichen Dispositionen die Piazza Venezia erreichen wollte, fand er auf dem Wege dahin die Via Plebiscito abgesperrt und suchte nun den Durchgang dadurch zu erzwingen, daß der Leichenwagen gegen den Polizeikordon vorgeschoben wurde. Die Menge bewaffnete sich mit Ziegelsteinen, drängte dem Wagen nach und schleuderte die Steine gegen die Polizei, wobei ein Kommissar und mehrere Agenten verwundet wurden. Es fiel auch ein Schuß, wie der diensttuende Kommissar und mehrere Schutzleute versichern, aus den Reihen der Manifestanten. Als die Polizei sich bedroht sah, wurden auch von ihrer Seite einige Schüsse abgegeben, worauf die Menge sich zerstreute. Zwei Leute und zwölf Verwundete wurden nach dem Hospital Santa Maria Consolazione gebracht.

Rom, 3. April. Bei dem gestrigen Krawall sind 21 Polizeibeamte verletzt worden.

Die Leichen der Opfer des gestrigen Krawalles wurden in der Nacht vom Hospital nach dem Kirchhof übergeführt. Infolge des gestrigen Vorfalles hielt die Arbeiterkammer in der Nacht eine Versammlung ab und beschloß für heute den allgemeinen Ausstand. Der Ausstand hat heute früh begonnen; die Straßenbahn hat den Betrieb eingestellt, die Läden sind aber geöffnet, und die Stadt hat ihr gewöhnliches Aussehen.

Die französische Amnestievorlage

wurde von der Deputiertenkammer mit 497 gegen 5 Stimmen angenommen. Der politische Charakter des Gesetzes ist trotz einer Reihe von Amendements gewahrt.

Die Kammer nahm ferner einen Antrag an, in welchem die Regierung aufgefordert wird, gegen die Soldaten des 17. Infanterieregiments, welche wegen Meuterei im Zusammenhang mit den Winzerunruhen nach Gsar in Kamis gesandt worden sind, jede mit Disziplin vereinbare Milde walten zu lassen, verwarf aber mit 432 gegen 195 Stimmen einen Antrag, der dahin ging, diejenigen dieser Soldaten, welche der Jahresklasse 1904 angehören, in ihre Heimat zu entlassen, nachdem der Ministerpräsident Clemenceau dagegen Einwendungen erhoben hatte.

Der Figaro berichtet, daß Antimilitaristen auch unter den eingeborenen Soldaten in Indochina durch die Verbreitung von Zerrbildern und Hetzschriften in anamitischer Sprache eine bedenkliche Propaganda entfalten. Wahrscheinlich seien auch in anderen Kolonien ähnliche Treibereien versucht worden.

Aus Beauvais wird gemeldet, daß auf einem Uebungsmarsche zwei Soldaten mit dem Rufe: Nieder mit der Armee! ihren Hauptmann, der sie zur Ruhe ermahnte, mit dem Bajonett angriffen. Die beiden Meuterer wurden von den übrigen Soldaten gebändigt und sodann der Gendarmerie übergeben.

Die Botschaft des Präsidenten von Mexiko

zur Eröffnung des Kongresses bietet, wie aus Mexiko telegraphiert wird, nichts von besonderer Wichtigkeit. Die Beziehungen zum Ausland sind befriedigend, der allgemeine Fortschritt dauert an. In der Finanzlage wird eine Besserung konstatiert; im Justiz- und Bankwesen werden Reformen angekündigt; die Verschmelzung der Hauptelsenbahnen wird unter Kontrolle der Regierung vermirklicht werden. Am Sonnabend findet eine Konferenz der Bankdirektoren mit dem Finanzminister wegen der Bankreformen statt.

Kleinere politische Nachrichten.

Die Großherzogin von Luxemburg, die kürzlich zur Statthalterin ernannt worden ist, hat gestern im Imperialhotel zu Santa Margherita Ligure vor den zu diesem Zweck offiziell dort erschienenen Abgeordneten der luxemburgischen Kammer, an ihrer Spitze dem Präsidenten Laval, den Eid auf die Verfassung geleistet. — Die chinesische Boykottbewegung gegen japanische Waren wächst. Zwei Dampfer mit japanischer Kohle liegen ungeöffnet in Kanton, da die Kulis die Löschardeit verweigern. Die chinesischen Kaufleute ersuchen ihre Geschäftsfreunde, keine Waren mit japanischen Dampfern zu verschiffen. Durch häufige Versammlungen wird das Interesse an der Frage wachgehalten. — Die Schutzzollpartei hat bei den Neuwahlen in der Kapkolonie den Unionisten eine bedeutende Anzahl Sitze entrissen. Als eine Art Kontrolle wird jedoch neben der eigentlichen Opposition eine starke unabhängige Partei vorhanden sein. Das Endresultat der Neuwahlen ist noch nicht bekannt.

Hof- und Personalnachrichten.

* Ihre Kaiserlichen Majestäten, Prinz August Wilhelm und Prinzeß Viktoria Luise mit Gefolge nahmen gestern nachmittag, wie aus Syrakus gemeldet wird, den Thee in Latomia bei Capuccini und besichtigten später das Museum, wobei neben der italienischen Direktion auch Professor v. Duhn führte.

Gestern traf an Stelle des Ferruccio das italienische Kriegsschiff Varese in Syrakus ein.

* Nach einem Telegramm aus Paris, 2. April, richtete Seine Majestät der Kaiser aus Anlaß des Geburtstages des deutschen Botschafters Fürsten v. Radolin an diesen von Syrakus aus ein huldvolles Glückwunschtelegramm und übersandte ihm als Geburtstagsgeschenk eine prachtvolle Marmorvase.

* Aus Wien, 2. April, wird telegraphiert: Heute abend fand bei dem deutschen Botschafter v. Tschirschky und dessen Gemahlin ein Diner statt, an welchem der englische Botschafter Sir W. G. Goschen, der japanische Botschafter Uchida und Ministerpräsident Frhr. v. Bed mit Gemahlin, der französische Gesandte Lahovary, der Statthalter Graf Kielmansegg mit Gemahlin, Mitglieder des diplomatischen Korps und Hofwürdenträger teilnahmen.

u. Prinz Karl zu Löwenstein-Wertheim-Freudenberg ist aus Neckargemünd in Berlin eingetroffen, desgleichen der frühere Landwirtschaftsminister v. Podbielski aus Dalmin, der Oberpräsident der Provinz Posen v. Waldow aus Meran, und der Oberbürgermeister Adickes aus Frankfurt a. M.

u. Gräfin Asta Kottulinsky, Tochter des verstorbenen Fürsten zu Putbus, hat sich von hier nach Deutsch-Eylau begeben.

* Der Staatssekretär des Reichsmarineamts Admiral v. Tirpitz hat sich am Donnerstag abend auf Einladung des Flottenchefs, Prinzen Heinrich von Preußen, zur Teilnahme an der Geschwaderbesichtigung von Linienschiffen der Hochseeflotte nach Kiel begeben.

u. Der Landeshauptmann Lichtenberg hat sich von hier nach Hannover zurückbegeben, desgleichen Oberhofjägermeister, Oberforstmeister v. Müller nach Altenburg.

* Der Landrat Dr. Busch aus Hörde ist zum Geheimen Finanzrat und vortragenden Rat im Finanzministerium ernannt worden, wo er bereits seit dem vorigen Jahre Hilfsarbeiter war. Am 24. Februar 1899 Regierungsassessor geworden, war er anfangs längere Zeit der Regierung in Minden überwiesen. Dann war er Hilfsarbeiter bei dem Landratsamt in Herford (Westfalen) und wurde 1902 dem Oberpräsidenten der Provinz Posen beigegeben. Im folgenden Jahre wurde er auftragsweise zweiter Staatskommissar an der Berliner Börse, in welcher Stellung er bis 1905 blieb. Dann wurde er Landrat in Hörde und kam 1907 als Hilfsarbeiter in das Finanzministerium.

* Graf Hugo Hendel v. Donnersmarck ist gestern 76jährig in Brynnek-Stemianowitz, Kreis Gleiwitz, gestorben.

Deutsches Reich.

* Der Bundesrat versammelte sich am 2. d. zu einer Plenarsitzung.

* Ein Erlaß des Ministers des Innern an die Polizeibehörden empfiehlt Milde bei Verhängung und Handhabung der Polizeiaufsicht. In jedem Falle sei besonders sorgfältig zu prüfen, ob und inwieweit die Auferlegung besonderer Aufenthaltsbeschränkungen erforderlich erscheint. Der Erlaß nimmt Bezug auf eine Arbeit des Strafanstaltspfarrers Brunne zu Görlitz.

Brunne hat ausgeführt, daß bei der Polizeiaufsicht individualisiert werden müsse. Bei den Personen, die wegen Diebstahls hauptsächlich unter Aufsicht gestellt würden, gäbe es ganz bestimmte Typen, Spezialitäten auf Kühe, Pferde, Hunde, Gänse, Kaninchen, Bodenbriefe, Leichenfledderer, Geldschrankdiebe usw. Ein Spezialist auf Kühe würde niemals einen Taschendiebstahl versuchen. Es gäbe Leute, die sonst ganz zuverlässig sind, aber jeden Sund zu entwenden suchen. Das Verbot von Märkten, öffentlichen Versammlungen usw. könne man deshalb ruhig auf Taschendiebe beschränken. Die Polizeiaufsicht soll überhaupt nur in der Beobachtung bestehen, wenn die Polizei ja bei jedem Menschen das Recht habe. Auch nach einer Uebertretung müßten die Umstände erwogen werden, ob der Betreffende in Arbeit steht usw. Oft wäre größere Milde angebracht, als wenn es sich um einen Säufer oder Arbeitsscheuen handelt.

* Im laufenden und im nächsten Jahre wird eine allgemeine Revision der Gebäudesteuerveranlagung in Preußen durchgeführt werden, damit der Bestimmung des Gebäudesteuergesetzes, wonach alle 15 Jahre eine Veranlagungserneuerung zu erfolgen hat, genügt wird und mit dem 1. Januar 1910 die neue Veranlagung in Kraft treten kann.

Die Revisionsarbeiten sind, Blättermeldungen zufolge, bereits eingesetzt. Namentlich sind seitens der Ortsbehörden die Beschreibungen über die Gebäudebesitzungen am Orte aufgestellt. Es wird nun zunächst weiter darauf ankommen, zu untersuchen, ob zwischen Oertlichkeit und Grunde und Gebäudesteuerbücher Abweichungen bekommen. Bei den Untersuchungen hierüber wird es notwendig werden, Grundstücke zu betreten und die Gebäudeeigentümer um Auskünfte zu ersuchen. Es darf deshalb darauf aufmerksam gemacht werden, daß nach § 13 Abs. 2 des Gebäudesteuergesetzes die Gebäudeeigentümer verpflichtet sind, die in ihrem Besitz befindlichen Zeichnungen, Risse, Pläne, Taxen und sonstige Schriftstücke, die bei der Ausführung des Veranlagungsgeschäftes von Nutzen sein können, den damit beauftragten Kommissarien auf deren Erfordern zur Einsicht und Benutzung vorzulegen.

* Von den Ministern für Handel und Gewerbe, der öffentlichen Arbeiten und des Innern ist den Oberpräsidenten der Entwurf einer Polizeiverordnung, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Fahrstühlen, mit dem Ersuchen übersandt worden, tunlichst bald eine gleichlautende Polizeiordnung unter Aufhebung der früheren Bestimmungen für die Bezirke zu erlassen. Einer Resolution des preußischen Landtages entsprechend, legen die Minister besonderen Wert darauf, daß die Einheitlichkeit der technischen Bestimmungen gewahrt bleibt, daher von Aenderungen des Normalentwurfs abgesehen wird.

Parteibewegung.

* Für den Landtagswahlkreis Guhrau-Wohlau-Steinau hat die konservative Partei den Rittergutsbesitzer Ehrhardt-Milisch und den Landrat v. Goßler-Brieg als Kandidaten aufgestellt. Der bisherige Abg. Justizrat Pallaske-Liegnitz hatte gebeten, von seiner Wiederwahl Abstand zu nehmen.

* Zum bevorstehenden Vertretertage in Kassel hat der Verein der nationalliberalen Jugend in Düsseldorf, wie die Düsseldorfer Zeitung erfährt, einen Antrag gestellt, wonach die nationalliberale Parteileitung aufgefordert werden soll, die Initiative zum Abschluß eines allgemeinen, ganz Preußen umfassenden Wahlbündnisses mit den Freisinnigen auf der Grundlage der Wahrung des gegenseitigen Besitzstandes zu ergreifen.

Die Köln. Ztg. bemerkt dazu, daß der Freisinn in Schleswig-Holstein die Bedingungen eines Wahlbündnisses, gegenseitige Wahrung des Besitzstandes, abgelehnt hätte, so daß die liberalen Parteien in dieser Provinz ohne Zusammenhang den Wahlkampf führen müßten. Für das übrige Preußen werde ein derartiges Bündnis, das unter den gegebenen Verhältnissen kaum Schwierigkeiten machen und den liberalen Teil des preußischen Abgeordnetenhauses verstärken dürfte, hoffentlich zu stande kommen. Demgegenüber bemerkt die Freisinnige Zeitung, daß für Schleswig-Holstein die Verhandlungen zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen noch nicht endgültig abgeschlossen seien, so daß eine Verständigung immer noch möglich erscheine.

* Der Kreiswahlausschuß der nationalliberalen Partei für den Landtagswahlkreis Dortmund-Land hat in seiner jüngsten, sehr stark besuchten Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Westermann auch eingehend die Frage besprochen, ob eine Kandidatur eines Arbeiters berücksichtigung finden könne. Das Ergebnis der Beratung ist, wie die Westf. Polit. Nachr. melden, in folgender einstimmig angenommener Entschließung zusammengefaßt worden:

Der Kreiswahlausschuß hat von dem Bestreben der evangelischen Arbeitervereine im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, durch eine evangelische Arbeiterkandidatur Berücksichtigung zu finden, mit großem Interesse Kenntnis genommen und die Frage eingehend in den Bereich praktischer Erwägung gezogen. Dabei hat sich im gegenwärtigen Augenblick der Wunsch dieser Kreise, den Kaiserlichen entgegenzuteilen, daß sich in den Reihen der evangelischen Arbeiter unseres und der benachbarten Kreise nicht ein Kandidat hätte finden lassen, der, auf dem Boden unserer Partei stehend, sich der verantwortungsvollen Aufgabe als Abgeordneter unseres Kreises gewachsen fühlt. Der Kreiswahlausschuß hegt in diesem Augenblick die Hoffnung auf, daß bis zu einer kommenden Wahl sich diese augenblickliche Schwierigkeit durch systematische Fortsetzung der Unterrichtsbestrebungen innerhalb der evangelischen Arbeitervereine und von seiten der Partei wird überwinden lassen.

* In den drei Landtagswahlkreisen, die dem Reichstagswahlkreise Dortmund-Hörde entsprechen, ist die Kandidatenfrage für die nationalliberale Partei jetzt gelöst. Es kandidieren in Dortmund-Stadt der bisherige Abgeordnete Landgerichtsrat Schmieding, in Dortmund-Land Rechtsanwalt Dr. Cremer aus Hagen; in Hörde ist der bisherige Abgeordnete Ehrenamtmann Westermann aufgestellt worden.

* Ueber einen schweren Fall von sozialdemokratischem Terrorismus berichtet der Voigtländische Anzeiger:

Die Firma Homberg u. Kilz in Zeutenroda stellte vor kurzem einige nichtorganisierte Arbeiter ein, worauf die im Betriebe beschäftigten Genossen die Arbeit niederlegten. Daß ihre Plätze bald durch Arbeitswillige besetzt waren, ärgerte sie so, daß sie tätlich gegen die Arbeitswilligen vorgingen. Die Leute wurden mit dem Tode bedroht und geschlagen. Ein Former namens Köhler erhielt von einem Streikposten sechs Messerstiche, so daß er jetzt noch vernehmungsunfähig im Krankenhause liegt. Die Polizei nahm die Schuldigen fest.

* Wie der Post geschrieben wird, haben die organisierten „Genossen", die in den Vereinigten Siemens-Werken arbeiten, sich bei den neuerdings stattgefundenen Delegiertenwahlen zur Krankenkasse eine Niederlage geholt:

Als waren die ersten berartigen Wahlen seit dem Bestehen der Firma Siemens in Halsbrücke. Bisher waren sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen (zz. 17 000) an die Neue Maschinenbaukasse angeschlossen, wo sie 45 pCt., also fast die Hälfte der insgesamt Versicherten bildeten. Nach dem Wahlspruch der Unentwegten: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, wußten die Siemensschen Arbeitern nunmehr auch Konkurrenzkasse 45 pCt. der Vorstandsmandate zugeteilt werden. Doch hiervon wollten die edlen Genossen der Freiheit nichts wissen, denn wer hat haben zu, so brachten sie, die Majorität mit 55 pCt. Bekanntlich ist bei der Sozialdemokratie das Verlangte wichtig und beschließt, ein Amt zu bekleiden, der dem Schreibe bis zur Fußspitze sozialdemokratisch organisiert ist: eine Eigenschaft, die dem weitaus größten Teile der Siemensschen Arbeiter fehlt. Um nunmehr zu ihrem Rechte zu gelangen, wandten sich die Arbeiter genannter Werke an ihre Direktion mit der Bitte um Errichtung einer eigenen Betriebskrankenkasse, und mit Erfolg. Die nach dem Proportionalwahlsystem erfolgten Wahlen ergaben folgendes Resultat: Liste des Unterstützungsvereins 80 Delegierte, Liste der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter 40 Delegierte, Liste des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins 6 Delegierte, Liste der Distiere und Wochenlöhner 6 Delegierte. Der Unterstützungsverein, der bei den Verhältniswahlen so gut abschnitt, ist eine Gründung neueren Datums und erfreut sich bei den Arbeitern und Arbeiterinnen genannter Werke großer Beliebtheit. Im Sommer 1906 von einigen entschlossenen Männern gegründet, um Unrecht den vielen Jahl von weit über 10 000 Mitgliedern gewachsen, und täglich verstärken neue erhebliche Anmeldungen die Prüfungsliste, so daß in absehbarer Zeit die edlen Genossen auf den Aussterbeetat gesetzt sind. Hier bewahrheitet sich wieder die alte Regel: Wenn man den Bogen zu straff spannt, dann reißt er. Möge sich aber weiterhin und bewahrheiten, daß der Erfolg der entschlossenen Siemens u. Halske-Werke Gleichgesinnte in anderen Werken ermutigt, desgleichen zu tun.

* Soeben ist unter dem Titel „Polenspiegel" im Verlag von Puttkammer u. Mühlbrecht, Berlin, ein Buch erschienen, das wichtiges Material zum Kampf in den Ostmarken bietet. Seine Verfasser sind der Mitleiter des Deutschen Ostmarkenvereins, Justizrat Wagner, und der Geschäftsführer des Vereins für Posen, Generalsekretär Vossberg.

Der Titel entspricht durchaus dem Inhalt, denn tatsächlich spiegelt sich hier mit photographischer Treue das Polentum in seinem Kampfe gegen das Deutschtum. Ueberall werden die Polen selbst redend eingeführt, in der Hauptsache in Preßäußerungen, aber auch unter Heranziehung archivalischer Schriftstücke. Keine Frage des öffentlichen Lebens gibt es, die darin nicht vom polnischen Standpunkt aus beleuchtet wird. Die nationale Absonderung, die Vereinstätigkeit der Polen, die gesamte Boykottfrage, die Stellung der Polen zur katholischen Kirche, die Frage der Wiedererrichtung des Polenreiches, ihre gegen deutsche politischen Organisationen, die Aufbrauchung der polnischen Sprache, ihre Stellung zu den deutschen Parteien, das Polentum in den drei Anteilen usw., alle diese Materien finden ihre ausführliche Beleuchtung durch authentische polnische Aussprüche. Politiker, Redakteure, Parlamentarier, die im Reichstage auf polnische Angriffe erwidern, aber auch die Hitzköpfe und jeder Staatsbürger, der sich über den Nationalitätenkampf im Osten unterrichten will, werden von diesem Buche, das man eine Fundgrube politischen Materials nennen kann, großen Nutzen haben. Das Werk eignet sich vorzüglich zu raschem Nachschlagen, da es mit einem alphabetischen und einem Sachregister versehen ist.

Arbeiterbewegung.

* Die Tarifverhandlungen im Baugewerbe zu München wurden am Donnerstag vormittag unter großem Andrange im Rathause fortgesetzt. Beraten wurde über Einteilung und Arbeitszeit. Von seiten der Arbeitgeber wurden Vorschläge nach Norm der Berliner Vorschläge und nach Norm des Vorschlages der Zimmerleute gemacht, die Nachmittags der Beratung unterstellt werden. Hierbei wurde eine Einigung erzielt über die Frage der Ueberstunden, die Einteilung der Arbeitszeit und die Akkordarbeit. Ueber die Frage der Lohnzahlung und die Höhe des Lohnes wird weiterberaten.

* Der vom Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands veranstaltete fünfte sozialen Ausbildungskursus wie vom 26. April bis zum 22. Mai in Posen abgehalten werden. Das Programm ist soeben erschienen. Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle: Posen O. 1. Halbdorfstr. 4, Hof rechts

* Aus Aachen, 2. d., wird der Köln. Volksztg. geschrieben: Eine äußerst stark besuchte Versammlung von Textilarbeitern beiderlei Geschlechts, einberufen vom Zentralverband deutscher Textilarbeiter, nahm Stellung gegen die Einführung des Zweistuhlsystems in Aachen. Eine Resolution wendet sich in den schärfsten Ausdrücken gegen die Führer des Christlichen Verbandes wegen ihrer Haltung in der Zweistuhlfrage. Die Versammlung erklärte noch wie vor die Einführung des Zweistuhlsystems für eine unverantwortliche Schädigung der Arbeiterschaft und behauptete, der zustimmende Beschluß des christlichen Verbandes sei durch eine Ueberrumpelung herbeigeführt worden. Für nur diesen Beschluß habe nur eine verschwindende Minderheit gestimmt, und für die Aachener Textilarbeiter könne er niemals bindende Folgen haben.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

* Wien, 2. April. Budgetausschuß. In fortgesetzter Verhandlung des Justizbudgets erklärte Kramarz, er ziehe einen ehrlichen Frieden zwischen Kampfe vor. Die Tschechen seien zu einem gerechten Ausgleich immer bereit. d'Elvert erklärte, die im Reunerausschuß vertretenen deutschen Parteien vermissen auch in der Rede des Ministerpräsidenten die entsprechende Berücksichtigung des deutschen gesetzlichen Standpunktes und beanstanden insbesondere, daß der Ministerpräsident der eigenmächtigen Einführung der internen tschechischen Amtssprache via facti nicht einmal Erwähnung tat. Die Deutschen halten an dem Grundsatz fest, daß die Sprachenfrage nur einvernehmlich mit allen beteiligten Faktoren gelöst werden könne, nicht aber durch einen ungerufenen Willkürakt der Regierung. Die nächste Sitzung des Budgetausschusses findet heute abend statt.

Rußland.

* Petersburg, 2. April. Die Reichsduma verhandelte heute über eine von 94 Abgeordneten eingebrachte Vorlage, für das Jahr 1908 im Budget des Heiligen Synods vier Millionen Rubel für die Errichtung neuer Kirchenschulen zu bewilligen. Abgeordneter Purischkewitsch (extreme Rechte), der als erster Redner zu der Vorlage sprach, wich vom Thema ab und wurde vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Purischkewitsch verließ die Kräume und apostrophierte den Präsidenten von seinem Platz aus. Der Präsident schlug vor, den Abgeordneten von der heutigen Sitzung auszuschließen; das Haus nahm den Antrag fast einstimmig an, mit Ausnahme der extremen Rechten. Die Beratung des Gesetzentwurfs des Verkehrsministers betreffend den Bau der Amurbahn wurde auf Montag vertagt.

Frankreich.

* Paris, 3. April. Die hier abgehaltene Bischofskonferenz, die nach zweitägigen Verhandlungen gestern ihre Arbeiten beendet hat, beschäftigte sich auf Veranlassung des Bischofs Insbesondere auch mit der Frage der zeitlichen Gegenleistung. Unterstützungsvereine. Es verlautet, daß sich die überwiegende Mehrheit der Bischöfe für die Gründung solcher Vereine ausgesprochen habe.

Belgien.

* Antwerpen, 2. April. Die hiesigen Diamantenschleifer haben mit 1855 gegen 313 Stimmen beschlossen, am Montag auf die Dauer von vier Wochen in den Ausstand zu treten. Sie wollen dann eine Erhöhung des Mindestlohnes um 20 pCt. verlangen.

Niederlande.

* Amsterdam, 2. April. Die in der Diamantschleiferei angestellten Arbeiter haben mit 5001 gegen 390 Stimmen beschlossen, für die Dauer von vier Wochen in den Generalausstand zu treten.

Portugal.

* Lissabon, 3. April. In der Nähe von Mafra fand trotz des Verbotes der Behörden eine republikanische Versammlung statt. Die Bevölkerung mißhandelte die Redner, welche leicht verwundet wurden.

Amerika.

* Washington, 2. April. Der Senat genehmigte das Uebereinkommen betreffend Bildung eines internationalen Schiedsgerichts, das auf der Haager Friedenskonferenz angenommen worden war, und die Verträge betreffend Bildung von Schiedsgerichten zwischen Amerika auf der einen und Italien beziehungsweise Mexiko auf der anderen Seite.